

Lühner Anzeiger

Fernsprecher: Amt Lahn Nr. 60. Stadtblatt für Lahn und Umgegend. Fernsprecher: Amt Schönan Nr. 10

Druck und Verlag von Franz Benschel, Schönan (Ragbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Jakob Petry, Schönan (Ragbach).
Ausgabestelle und Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Benschel in Schönan (Ragbach).

Die Ausgabe
erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 1,80 RM., monatlich 60 Pf., frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,25 RM., mit Abtrag 2,19 RM.

Ämtliche Zeitung
für die Veröffentlichungen der Rädt. Behörden und des Amtsgerichts.

Anzeigenpreis
1spaltige Grundzeile oder deren Raum 20 Pf., für ausw. Anzeigen 25 Pf., Zertzeile 50 Pf. Bei gerichtl. Beitreibung kommt die Ermäßigung in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag vormittags 9 Uhr.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Raschenerbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für die richtige Wiedergabe von durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 119.

Lahn, Sonnabend, den 11. Oktober 1919.

16. Jahrg.

Völkerbund und Allianzvertrag.

Daß der Völkerbund mit Bezug auf Deutschland nicht viel Anderes bedeuten wird, als ein neues Wiederaufblühen unseres Wirtschaftslebens statanzuhalten, darüber brauchen wir nach den Erfahrungen dieses Jahres uns weiter keinen Täuschungen hinzugeben. Jedemfalls werden das Franzosen und Engländer versuchen. Clemenceau hat erst vor ein paar Wochen gesagt, daß der Friede eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sei, und aus London sind schon früher ähnliche Äußerungen gekommen. Der Völkerbund bedeutet eine Schlinge, die von den unverschämlichen Stärkeren den besiegten Schwächeren über den Kopf geworfen werden soll. Präsident Wilson mag unter seiner Idee vom Völkerbund etwas Anderes verstanden haben, aber Frankreich und England wollen sie so verwirklichen, wie es ihnen paßt. Ob die Zeitverhältnisse es ihnen immer gestatten werden, diese Politik des Uebermutes beizubehalten, ist freilich eine andere Sache. Aber die Kostenrechnung von 892 Millionen Mark, die die Entente uns für die Okkupation des Rheinlandes überreicht hat, zeigt uns wieder, was wir von dieser Seite zu erwarten haben.

Ein Bruder des Völkerbundes ist der Allianzvertrag der Entente, der zwischen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgeschlossen ist, und worin die beiden letzten Staaten die Verpflichtung übernehmen, Frankreich gegen einen deutschen Angriff beizustehen. Die Amerikaner haben keine Lust, ihren Kopf in diese Schlinge zu stecken, zu deren Herstellung Präsident Wilson sich von Clemenceau hat verleiten lassen. Die Stimmung im nordamerikanischen Kongreß geht dahin, daß er darüber zu bestimmen hat, daß nordamerikanische Truppen in Europa kämpfen sollen, und daß hierfür nicht ein Hilferuf Frankreichs entscheidend sein soll. Wenn dies Verlangen durchgeht, so hat der Allianzvertrag ein Loch, ebenso wie es einen Riß in den Bestimmungen des Völkerbundes bedeuten würde, wenn die weiteren Forderungen zur Annahme gelangen, nach welchen Amerika ausschließlich den Amerikanern gehört, und der Völkerbund sich auch in die inneren Angelegenheiten der Vereinigten Staaten nicht einzumischen hat.

Namentlich dieses letztere Verlangen bedeutet weit mehr, als es auf den ersten Blick erkennen läßt. Danach brauchen sich also die Vereinigten Staaten nicht an Beschlüsse des Völkerbundes über soziale Fragen und Arbeitsrecht zu kehren, was für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt von der größten Bedeutung ist. Der Völkerbund kann auch nichts gegen die nordamerikanischen Ausnahmegesetze wider die Gelben (Japaner und Chinesen) tun, die in Zukunft sich sehr stark drüben geltend machen werden. Und endlich hat der Völkerbund nichts zu den in Amerika so mächtigen und für den Weltmarkt so wichtigen Trusts (Preisbildungs-Bereinigungen) und auch

nichts zu den Böllen zu sagen. Amerika kann danach in Zukunft erst recht durch sein Kapital und seine Bodenerzeugnisse die Welt beherrschen und braucht keine fremden Erzeugnisse in sein Gebiet hineinzulassen. Das ist Geschäftstüchtigkeit der Amerikaner, sie sichern sich die Zukunft und die Ausnützung ihrer Kräfte.

Wie wir die Valuta haben werden, die wir verdienen, so werden wir auch den Völkerbund bekommen, der unseren Leistungen entspricht. Wir werden so hoch eingeschätzt werden, als der Nutzen beträgt, den das Ausland von den Leistungen der deutschen Produktion in Wissenschaft, Handel, Technik und Industrie hat. Und dabei hat zum Glück nicht nur die Politik der Kabinette mitzusprechen, sondern die Bedürfnisse des Handels, der die Völker vertritt. Wenn wir tatsächlich voraus kommen, muß der Versuch, uns eine Schlinge um den Hals zu werfen, scheitern. Politische Allianzen kommen ja für uns nicht in Betracht, weil wir bei unseren militärischen Machtverhältnissen nicht bündnisfähig sind.

Tages-Nachrichten.

Die Kandidatur Damaskes als Reichspräsident.

In der Universität zu Münster nahm eine Versammlung nach einem Vortrage des Geheimrats Dr. Ermans einstimmig eine Entschließung für die Aufstellung des Bodenreformers Damaskes, Ehrendoktor der Universität Münster, als Kandidaten zum Reichspräsidenten an. Mit besonderer Freude begrüßte die Versammlung diese Kandidatur Damaskes als eine Gewähr für einen friedlichen organischen Neuaufbau des Reiches.

Deutscher Protest bei Belgien.

Die deutsche Regierung hat aus Anlaß von Mißhandlungen auf dem Rücktransport befindlicher deutscher Kriegsgefangenen an die belgische Regierung eine Protestnote gerichtet.

Die bevorstehende Besetzung Oberschlesiens.

Der Wortlaut, der bereits endgültig festgesetzten Volksabstimmungsbedingungen in Oberschlesien wird sofort nach Eintreffen der neuen Ententekommission bekanntgegeben werden. Mit der Zurückführung der polnischen Truppen von der Demarkationslinie ist bereits begonnen. Für die Besetzung sind polnische und tschechische Militärtruppen unter Aufsicht der Entente vorgesehen. Wie die „Telegraphen Union“ weiter erfährt, werden die Staatsbeamten kein Abstimmungsrecht haben.

Zu viel Kohlen.

Ueber die Folgen der riesenhaften Anschwellung der Kohlenhalde auf den oberschlesischen Gruben wird in einer Zuschrift des Arbeiterausschusses der Heinitzgrube an die Ostdeutsche Morgenpost u. a. gesagt, daß die Kohlenhalde auf den Gruben bereits zu brennen anfangen und daß die

Kohlenmassen auseinander geworfen werden müssen, um des Feuers Herr zu werden.

Das Attentat auf Haase.

Abg. Haase wurde in das Hedwig-Krankenhaus eingeliefert. Er ist an zwei Stellen verletzt worden, und zwar durch einen Durchschuß am rechten Unterschenkel und durch einen Streichschuß am rechten Oberschenkel. Die Verletzung ist leichter Natur, eine Operation ist nicht erforderlich und die Heilung kann binnen acht Tagen erfolgen.

Die Enthüllungen, die Haase machen wollte.

Abg. Haase wollte in der Sitzung der Nationalversammlung an der Außenpolitik der Regierung eine scharfe Kritik üben und beweisen, daß sich in Berlin die Vertretung einer neugebildeten westrussischen Regierung befindet, die mit Koltischak und Denikin in engster Fühlung steht. Es sollen sich sogar zwei Mitglieder dieser westrussischen Regierung ständig in Berlin befinden, wo sie die Propaganda- und Werbearbeit für die russischen Gegenrevolutionäre leiten. Er wollte auch Mitteilungen über den Verkehr zwischen diesen russischen Vertrauensleuten und der deutschen Regierung machen.

Ausdehnung des Transportarbeiterstreiks in Ostpreußen.

Wie der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt wird, ist am Dienstag in Tilsit ein Streik der Transportarbeiter und der Schiffer ausgebrochen. Auf der Memel verkehren keine Schiffe, der ganze Verkehr ist lahmgelegt.

Zur Verhaftung Leviens.

Zur Verhaftung des Münchener Kommunistenführers Dr. Max Levien in Wien wird der „Telegraphen Union“ noch berichtet. Nach längerem Leugnen mußte Levien seine Identität zugeben. Er behauptete anfänglich bei seiner Verhaftung, Engländer zu sein und nur englisch oder französisch zu verstehen. Er hatte sich bereits längere Zeit bei Gesinnungsgenossen verborgen gehalten und wurde auf Grund der von München ergangenen Mitteilungen auf der Straße erkannt. Die Wiener Arbeiterzeitung erklärt schon heute, daß eine Auslieferung Leviens nach München nicht in Betracht kommen könnte, da der Verhaftete wegen Hochverrats, also wegen eines politischen Verbrechens verfolgt wird.

Levien rechtfertigt sich.

Der in Wien verhaftete Spartakistenführer Dr. Levien erklärte bei einem neuerlichen Verhör, daß es gänzlich unwahr sei, daß er an der Erschießung der im Luitpold-Gymnasium untergebrachten Geiseln irgendwelchen Anteil gehabt habe. Bei der „Roten Fahne“ in München habe er nur als Redakteur fungiert.

Die Erneuerung der Saarkommission.

Die Temps dementiert formell die Nachricht, wonach die französische Regierung kürzlich das Mitglied für die Saarkommission ernannt habe. Die Ernennung der einzelnen Mitglieder sieht